

Die Unzufriedenen gehen wieder auf die Strasse

Auf dem Balkan hat die Corona-Pandemie die Gräben zwischen den Regierungen und Teilen der Bevölkerung noch vertieft

VOLKER PABST, ISTANBUL

2019 war auch für den Balkan ein Protestjahr. In Serbien, Montenegro oder Albanien gingen teilweise während Monaten unzufriedene Bürger auf die Strasse. Die Auslöser und konkreten Forderungen waren von Land zu Land verschieden. Doch in allen dieser zunehmend autoritär geführten Staaten wurde die Arroganz der Macht angeprangert, die schleichende Abkehr von rechtsstaatlichen Werten und die damit einhergehende Perspektivlosigkeit all jener, die keinen Zugang zu den Honigtöpfen der Macht haben.

Die Corona-Krise hat diese Gräben nicht zugeschüttet, ganz im Gegenteil: Regierungsgegner äusserten früh den Verdacht, dass Machthaber wie der serbische Präsident Aleksandar Vucic oder Albanien Regierungschef Edi Rama die Bedrohungslage zum Ausbau ihrer Macht nutzen würden. Proteste waren wegen der strikten Ausgangssperre aber nicht möglich. Doch nun kommt es allmählich wieder zu öffentlichen Unmutsbekundungen. In Tirana protestierten am 17. Mai Hunderte von Personen gegen den Abriss des Nationaltheaters. Dabei kam es auch zu Zusammenstössen mit Sicherheitskräften. Der Bürgermeister der albanischen Hauptstadt, Erion Veliaj, ein enger Vertrauter von Ministerpräsident Rama, hatte in einer Nacht-und-Nebel-Aktion den Abriss verfügt.

Die Regierung will seit zwei Jahren das Gelände neu gestalten. Neben einem neuen Theater sollen auch Bürogebäude und ein Einkaufszentrum entstehen. Beim Widerstand gegen das Projekt geht es einerseits um den architekturhistorischen Verlust und andererseits um den Verdacht der Güstlingswirtschaft. Vor allem aber stösst man sich an der intransparenten Entscheidung, die ohne Anhörung der Gegenseite getroffen wurde. Der Verdacht, dass die Regierung den Ausnahmezustand nutzte, um in einer für sie lästigen Angelegenheit Fakten zu schaffen, liegt nahe.

Zuspitzung in Serbien

In Serbien gibt es bereits seit Ende April öffentliche Proteste gegen den harten Regierungskurs in der Krise. Wegen der damals noch geltenden Ausgangssperren – eine der striktesten in ganz Europa – schlugen in Belgrad Tausende von Bürgern abends auf Töpfe und



Hunderterte von Personen protestierten am 17. Mai in Tirana gegen den Abriss des Nationaltheaters.

FLORIAN GOGA / REUTERS

Pfannen. Initiiert wurde der Protest mit dem Slogan «Lärm gegen die Diktatur» von einer Bürgerbewegung, die auch in die grossen Demonstrationen des letzten Jahres involviert war.

Es gab aber auch Gegenaktionen von Regierungsanhängern, die auf Dächern in Wohnvierteln mit Pyrotechnik und Lautsprechern demonstrierten. Vor dem Wohnhaus der Familie von Dragan Djilas, dem Vorsitzenden der Allianz für Serbien, ertönte aus Lautsprechern «Djilas ist ein Dieb». Die Allianz für Serbien ist ein Zusammenschluss der grössten Oppositionsparteien im Land.

Der bevorstehende Urmengang heizt die Stimmung weiter an. Wegen der Pandemie wurden die Parlamentswahlen vom 26. April auf den 21. Juni verschoben. Regierungsgegner fordern einen noch späteren Wahltermin, da unmittelbar nach dem Ausnahmezustand kein fairer Wahlkampf möglich sei. Die Allianz für Serbien hatte allerdings bereits im Vorjahr beschlossen, die Wahlen zu boy-

kottieren. Oppositionspolitiker haben seit der Aufhebung der Ausgangssperre auch wieder erste Demonstrationen durchgeführt. Die Allianz hatte im vergangenen Jahr die Organisation der anfänglich zivilgesellschaftlichen Proteste übernommen.

In Montenegro nimmt der Widerstand gegen das kontroverse Religionsgesetz wieder Fahrt auf. Ab Ende letzten Jahres hatten wöchentlich Zehntausende von Anhängern der serbisch-orthodoxen Kirche gegen einen Gesetzesvorschlag protestiert, der die Verstaatlichung eines Grossteils des Kirchenbesitzes ermöglichen würde. Präsident Milo Djukanovic unterstützt die nicht anerkannte montenegrinisch-orthodoxe Kirche. Dabei geht es auch um die Abgrenzung zum grossen Bruderstaat Serbien, dem sich viele Bewohner Montenegros weiterhin eng verbunden fühlen. Vor zwei Wochen wurde ein Bischof der serbisch-orthodoxen Kirche zusammen mit mehreren Priestern vorübergehend festgenommen, weil sie

sich an einer Prozession über das noch immer geltende Versammlungsverbot hinweggesetzt hatten. Daraufhin kam es in mehreren Städten zu teilweise gewaltvollen Protesten gegen die Inhaftierung der Geistlichen. Auch die grösste Oppositionspartei forderte die Freilassung der Priester. In Montenegro stehen dieses Jahr ebenfalls Parlamentswahlen an. Zu einem Schauplatz regelmässiger Proteste hat sich in den vergangenen Wochen auch Slowenien entwickelt. Zwar ist der EU-Staat in Fragen der Rechtsstaatlichkeit nicht mit Serbien, Montenegro oder Albanien zu vergleichen. Die demokratischen Institutionen sind intakt, es gibt eine vielfältige Medienlandschaft. Allerdings ist mit Janez Jansa Mitte März ein Mann an die Regierungsspitze zurückgekehrt, dessen frühere Amtszeiten von Korruptionsskandalen überschattet waren und der aus seiner Verachtung für unabhängige Medien nie ein Geheimnis gemacht hat. Zudem gilt Jansa als Befürworter

des rechtsstaatlich fragwürdigen Kurses des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban.

Unstimmigkeiten bei der Beschaffung von medizinischem Schutzmaterial und verbale Angriffe auf Journalisten, zu denen bereits der Europarat Stellung nahm, haben die Befürchtungen von Jansas Kritikern verstärkt. Hinzu kommen Bestrebungen, die Macht der Exekutive während des Ausnahmezustands auszubauen. Seit Anfang Mai protestieren jeden Freitag Regierungsgegner in der Hauptstadt Ljubljana. Um die Vorgaben des Social Distancing einzuhalten, finden die Kundgebungen auf dem Velo statt.

Regierungskrise in Kosovo

Auch in Kosovo sind Proteste zu erwarten. Seit dem Bruch mit seinem Koalitionspartner, der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK), ist Ministerpräsident Albin Kurti nur noch kommissarisch im Amt. Staatspräsident Hashim Thaci hat die LDK aufgerufen, eine neue Regierung zu bilden. Kurti betrachtet dies als Verfassungsbruch, da dieses Recht nur der wählerstärksten Partei, seiner Vetvedosje, zusteht. Er fordert Neuwahlen. Die Entscheidung liegt nun beim Verfassungsgericht.

Kurti steht für einen Bruch mit der Klientelpolitik der etablierten Parteien, die das Land seit der Unabhängigkeit 2008 prägt. Vor zwei Wochen übte seine Partei, wie trotz Abstanzregeln protestiert werden kann. Auf einem Platz in Pristina formten mehrere protestierende Personen mit jeweils zwei Metern Abstand zueinander ein Quadrat. Weitere solche Aktionen sind geplant.



NZZ / gph

Kühe für die Versöhnung in Rwanda

Der Völkermord von 1994 spaltet nach wie vor das Land – Christophe Mbonyingabos Projekt soll helfen, diesen Graben zu überwinden

RUTH FULTERER

Vor dem Genozid waren Etienne und Beata Nachbarn. Beide lebten in Bauernfamilien in einem Dorf in Rwanda. «Wir teilten, was wir hatten», erzählt Beata, inzwischen eine erwachsene Frau mit zentimeterkurzen Haaren. «Als der Genozid kam, änderte sich das. Menschen wurden zu Tieren. Sie wurden zu Mördern.»

Vor 26 Jahren ereignete sich in Rwanda ein brutaler Völkermord, dem vor allem die Minderheit der Tutsi zum Opfer fiel. In hundert Tagen ermordeten von der Regierungspartei aufgewiegelt Massen rund zehn Prozent der Bevölkerung. Menschen töteten ihre Nachbarn, Familienmitglieder, Arbeitskollegen. Unzählige verloren ihre Familien, wurden ausgeraubt oder vergewaltigt.

Wenn hier Versöhnung möglich ist, dann ist sie überall möglich, davon ist Christophe Mbonyingabo überzeugt. Und er glaubt, dass die Leute in seinem Land Versöhnung brauchen.

Er gründete um die Jahrtausende einen Verein, der Leute wie Beata mit jenen zusammenbringt, die ihnen die schlimmsten Dinge angetan haben. Er organisiert Workshops mit Tätern und Opfern, ruft traumatische Erinnerungen wach und stellt den Teilnehmern Kühe zur Verfügung, die sie gemeinsam aufziehen sollen. Manchmal stellt er sein Projekt im Ausland vor, wie auf dem Versoehnt.ch-Kongress in Bern. Dort erzählt er der NZZ die Geschichte der Versöhnung von Beata und Etienne. Die Zitate und Beschreibungen der beiden beruhen auf Archivmaterial des Vereins.

Die Suche nach Gerechtigkeit

Etienne und Beata kennen sich seit ihrer Kindheit, er ist drei Jahre jünger als sie. Als Beata 19 war, drang ein Mob in ihr Haus ein und beraubte die Familie. Etienne war einer der Eindringlinge. Er habe sie ins Haus gezwungen, nach Wertgegenständen gesucht und ihr gedroht: «Wenn wir nichts finden, dann werde ich Sex mit dir haben.» Etiennes Blick schweift nach links oben, immer wieder hält er inne, als er vor der Kamera erzählt.

Etienne vergewaltigte Beata. Andere Eindringlinge brachten ihre Familie um. Nur Beata und eines ihrer Geschwister überlebten.

Ein Jahr später wurde Etienne wegen seiner Taten während des Völkermordes verurteilt: Vergewaltigung und zweifacher Mord. Trotzdem habe er sich nicht eingestanden, etwas falsch gemacht zu haben, sagt er. Er fühle sich nicht verantwortlich. «Ich habe geglaubt, dass Menschen, denen ich etwas angetan hatte, die Bösen sind», sagt er.

Christophe Mbonyingabo selbst kommt aus einer Tutsi-Familie, ist aber in Kongo-Kinshasa aufgewachsen, wohin seine Eltern, beide Tutsi, vor der Verfolgung in Rwanda geflohen waren. Mit 20 Jahren betrat er das Land zum ersten Mal, das für ihn seine Heimat war, sieben Monate nach dem Genozid. Die Realität war grausam: «Auf den Strassen waren Ratten, noch nicht alle Leichen waren weggeräumt, viele Häuser standen leer.» An Versöhnung dachte er damals noch nicht. Mbonyingabo kämpfte

Etienne verbrachte zehn Jahre in Haft. Dann durfte er zurück in sein und Beatas Dorf. In Rwanda leben Täter und Überlebende des Völkermords bis heute oft Seite an Seite.

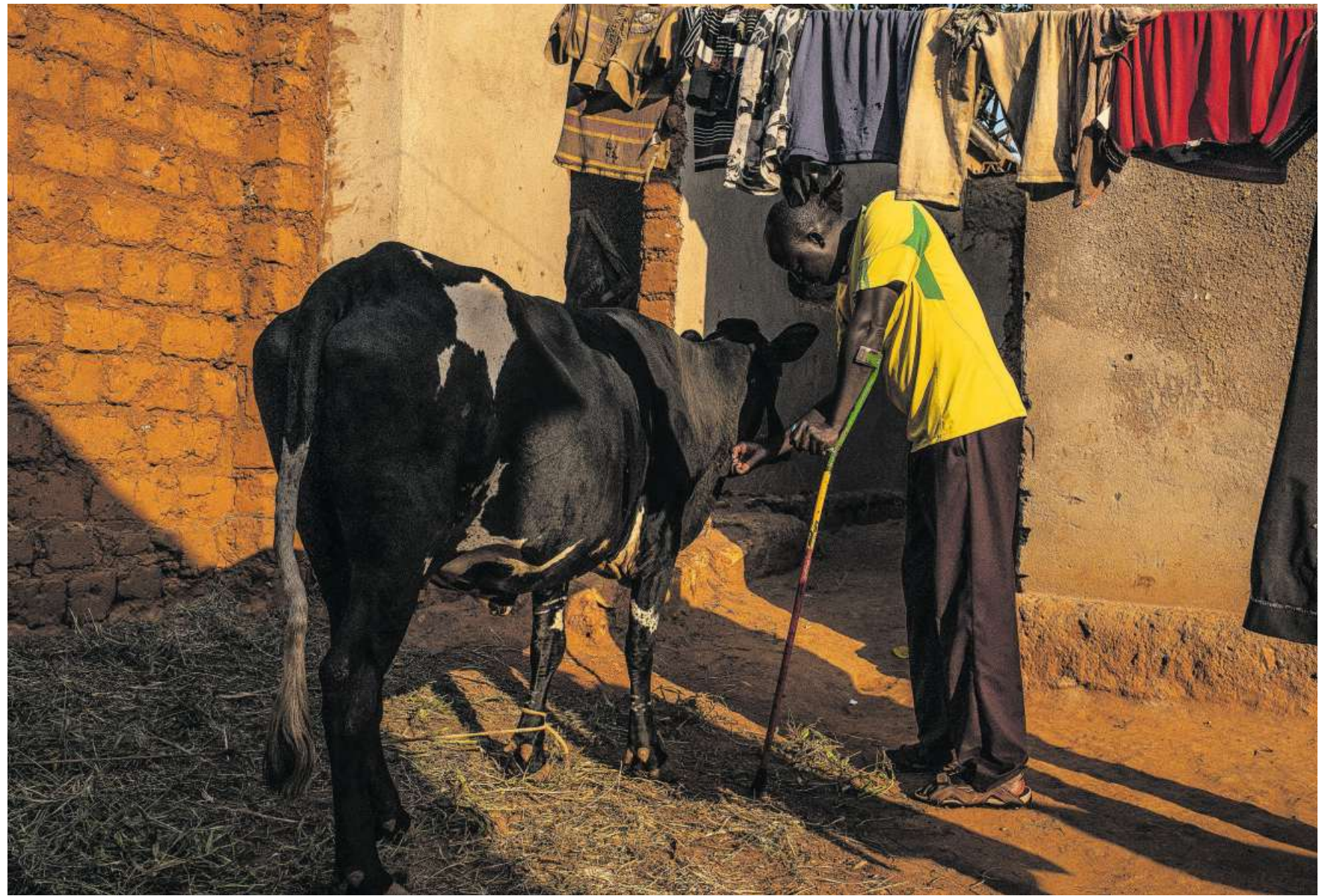
Beata hatte inzwischen ein normales Leben begonnen. Sie hatte Mann und Kinder. Die Begegnungen mit ihrem Vergewaltiger belasteten sie, erzählt

Der Genozid in Rwanda 1994

ful. · Ab Anfang April 1994 brachten in einem drei Monate andauernden Massaker Hunderttausende von Rwandern ihre Landsleute um – eine halbe bis eine Million Menschen kam ums Leben: vor allem Angehörige der Minderheit der Tutsi, aber auch oppositionelle Hutu.

Als der Genozid geschah, befand sich Rwanda im Bürgerkrieg: Die regierende Partei bestand auf der Herrschaft der Volksgruppe der Hutu, welche im Land die Mehrheit bildeten. Hunderttausende Tutsi waren verjagt worden. 1990 fielen Tutsi-Rebellen aus dem Exil ein, sie wollten eine Teilung der Macht.

Die Machthaber Rwandas bereiteten den Genozid vor. Sie liessen alle Tutsi auflisten. Das Radio verbreitete rassisti-



John Igraneza überlebte 1994 eine Attacke von Hutus nur knapp – heute sagt er, dass nur Vergebung Rwanda vorwärtsbringen könne.

ANDREW REINSEIN / GETTY

sie: «Wenn ich ihn Wasser holen sah, drehte ich mich um und floh. Wenn ich in die Kirche ging und ihn hinter mir auf seinem Fahrrad sah, dann drehte ich mich weg, um ihn nicht ansehen zu müssen. Diese Begegnungen traumatisierten mich erneut; ich hatte jeden Tag Kopfschmerzen.» Etienne plagten Alpträume.

Eine Studie aus dem Jahr 2012 hat bei 46 Prozent der untersuchten Überlebenden und bei 14 Prozent der Täter eine posttraumatische Belastungsstörung festgestellt, 41 Prozent der Täter litten an Depressionen.

Etienne und Beata geht es heute besser. Sie haben am Workshop von Christophe Mbonyingabo teilgenommen und gemeinsam eine Kuh aufgezogen.

Christophe Mbonyingabo selbst kommt aus einer Tutsi-Familie, ist aber in Kongo-Kinshasa aufgewachsen, wohin seine Eltern, beide Tutsi, vor der Verfolgung in Rwanda geflohen waren. Mit 20 Jahren betrat er das Land zum ersten Mal, das für ihn seine Heimat war, sieben Monate nach dem Genozid. Die Realität war grausam: «Auf den Strassen waren Ratten, noch nicht alle Leichen waren weggeräumt, viele Häuser standen leer.» An Versöhnung dachte er damals noch nicht. Mbonyingabo kämpfte

wie zwei seiner Brüder im Nachbarland Kongo-Kinshasa, wollte die Tutsi dort vor Verfolgung durch die Regierung schützen. Dann starben seine Brüder im Krieg, kurz darauf sein Vater.

Durch diese Schicksalsschläge habe er sich zu fragen begonnen, was die Zukunft für sein Land und für ihn sein könnte, sagt er: «In dieser Zeit wurde ich Christ. Ich bin zwar katholisch er-



Christophe Mbonyingabo Projektinitiant und Gründer Verein Carsa

zogen worden, aber erst jetzt fragte ich mich ernsthaft: Warum töten wir uns gegenseitig, wenn wir als Gleiche geschaffen wurden? Wie kann Gott das zulassen? Wie kann er das vergeben?» Er studierte an der Uni Soziologie und zu Hause die Bibel und gründete 2002 mit Gleichgesinnten den Verein Carsa. Seither hat der Verein rund 1500 Menschen in Kleingruppen zusammengebracht. Er beschäftigt inzwischen zehn Mitarbeiter und vierzehn Freiwillige.

Für Mbonyingabo ist der Glaube ein Weg, die eigene Verantwortung anzuerkennen, ohne daran zugrunde zu gehen. Er sagt: «Ich glaube nicht, dass der Mensch intuitiv gut ist. Aber er kann über sich hinauswachsen. Das passiert, wenn wir vergeben.»

Reue der Täter ist Voraussetzung

In Rwanda gibt es viele Versöhnungsprojekte. Der direkte Kontakt zwischen Überlebenden und jenen, die ihnen etwas angetan haben, ist seltener. Christophe Mbonyingabo hat diesen Weg gewählt, weil er glaubt, dass Versöhnung auch den individuellen Austausch braucht. «Auf der Ebene der Politik, der Strukturen, des Rechts sind wir weit», sagt er. Aber viele Menschen litten noch an den Folgen der Dinge, die sie erlebt

hätten. Er habe gemerkt, dass vielen die Auseinandersetzung guttue.

In den meisten Dörfern, in die sein Verein kommt, wissen alle, wer wem etwas angetan hat. Opfer und Täter werden eingeladen, von ihren Erfahrungen zu erzählen, sich gegenseitig zuzuhören. Eine Woche lang treffen sie sich täglich. Das soll den Tätern eine Möglichkeit geben, zu gestehen, den Überlebenden ihre Last loszuwerden.

Christophe Mbonyingabo hat die Arbeit des Vereins vor kurzem von Wissenschaftern der Howard University (Washington D. C.) begleitet lassen. Sie erfuhren, dass viele Täter sich in der ersten Zeit nach den Treffen schlechter fühlten als zuvor. Für viele ist es das erste Mal, dass sie sich die Verantwortung für die Taten eingestehen. Dann könnten sie Reue zeigen, sagt Mbonyingabo. Das sei die Grundvoraussetzung dafür, dass Überlebende ihnen vergeben können.

Manchmal stehen Teilnehmer mitten im Treffen auf und gehen. Einige kommen nach ein paar Stunden wieder, andere nicht. Der Verein übt keinen Druck auf sie aus. Jene, die nach Gleichgesinnten den Verein Carsa. Seither hat der Verein rund 1500 Menschen in Kleingruppen zusammengebracht. Er beschäftigt inzwischen zehn Mitarbeiter und vierzehn Freiwillige.

Für Mbonyingabo ist der Glaube ein Weg, die eigene Verantwortung anzuerkennen, ohne daran zugrunde zu gehen. Er sagt: «Ich glaube nicht, dass der Mensch intuitiv gut ist. Aber er kann über sich hinauswachsen. Das passiert, wenn wir vergeben.»

Manchmal stehen Teilnehmer mitten im Treffen auf und gehen. Einige kommen nach ein paar Stunden wieder, andere nicht. Der Verein übt keinen Druck auf sie aus. Jene, die nach Gleichgesinnten den Verein Carsa. Seither hat der Verein rund 1500 Menschen in Kleingruppen zusammengebracht. Er beschäftigt inzwischen zehn Mitarbeiter und vierzehn Freiwillige.

Für Mbonyingabo ist der Glaube ein Weg, die eigene Verantwortung anzuerkennen, ohne daran zugrunde zu gehen. Er sagt: «Ich glaube nicht, dass der Mensch intuitiv gut ist. Aber er kann über sich hinauswachsen. Das passiert, wenn wir vergeben.»

Manchmal stehen Teilnehmer mitten im Treffen auf und gehen. Einige kommen nach ein paar Stunden wieder, andere nicht. Der Verein übt keinen Druck auf sie aus. Jene, die nach Gleichgesinnten den Verein Carsa. Seither hat der Verein rund 1500 Menschen in Kleingruppen zusammengebracht. Er beschäftigt inzwischen zehn Mitarbeiter und vierzehn Freiwillige.

hätten. Er habe gemerkt, dass vielen die Auseinandersetzung guttue.

In den meisten Dörfern, in die sein Verein kommt, wissen alle, wer wem etwas angetan hat. Opfer und Täter werden eingeladen, von ihren Erfahrungen zu erzählen, sich gegenseitig zuzuhören. Eine Woche lang treffen sie sich täglich. Das soll den Tätern eine Möglichkeit geben, zu gestehen, den Überlebenden ihre Last loszuwerden.

Christophe Mbonyingabo hat die Arbeit des Vereins vor kurzem von Wissenschaftern der Howard University (Washington D. C.) begleitet lassen. Sie erfuhren, dass viele Täter sich in der ersten Zeit nach den Treffen schlechter fühlten als zuvor. Für viele ist es das erste Mal, dass sie sich die Verantwortung für die Taten eingestehen. Dann könnten sie Reue zeigen, sagt Mbonyingabo. Das sei die Grundvoraussetzung dafür, dass Überlebende ihnen vergeben können.

Manchmal stehen Teilnehmer mitten im Treffen auf und gehen. Einige kommen nach ein paar Stunden wieder, andere nicht. Der Verein übt keinen Druck auf sie aus. Jene, die nach Gleichgesinnten den Verein Carsa. Seither hat der Verein rund 1500 Menschen in Kleingruppen zusammengebracht. Er beschäftigt inzwischen zehn Mitarbeiter und vierzehn Freiwillige.

Für Mbonyingabo ist der Glaube ein Weg, die eigene Verantwortung anzuerkennen, ohne daran zugrunde zu gehen. Er sagt: «Ich glaube nicht, dass der Mensch intuitiv gut ist. Aber er kann über sich hinauswachsen. Das passiert, wenn wir vergeben.»

Manchmal stehen Teilnehmer mitten im Treffen auf und gehen. Einige kommen nach ein paar Stunden wieder, andere nicht. Der Verein übt keinen Druck auf sie aus. Jene, die nach Gleichgesinnten den Verein Carsa. Seither hat der Verein rund 1500 Menschen in Kleingruppen zusammengebracht. Er beschäftigt inzwischen zehn Mitarbeiter und vierzehn Freiwillige.

Für Mbonyingabo ist der Glaube ein Weg, die eigene Verantwortung anzuerkennen, ohne daran zugrunde zu gehen. Er sagt: «Ich glaube nicht, dass der Mensch intuitiv gut ist. Aber er kann über sich hinauswachsen. Das passiert, wenn wir vergeben.»

Erdogan zieht gegen kurdische Bürgermeister ins Feld

Die türkische Regierung setzt unter vagen Vorwürfen des Terrorismus gewählte Stadtoberhäupter ab

ULRICH VON SCHWERIN

Die türkische Regierung präsentiert es als Schlag gegen den Terrorismus, doch für die kurdische Opposition ist es ein Angriff auf die Demokratie: Die Absetzung von mehreren Bürgermeistern der Demokratischen Partei der Völker (HDP) sorgt in der Türkei wieder einmal für eine bittere Kontroverse. Bei den Kommunalwahlen von März 2019 hatte die prokurdische Oppositionspartei im Südosten des Landes 65 Städte und Gemeinden erobert. Doch gut ein Jahr später sind nur noch eine Handvoll ihrer Bürgermeister im Amt.

Nachdem das Innenministerium am 15. Mai fünf weitere HDP-Bürgermeister abgesetzt hat, sitzt die Oppositionspartei nur noch in 12 Gemeinden im Rathaus, wie ihr Ko-Vorsitzender Mithat Sancar im Gespräch mit der NZZ erklärt. Schon zu Anfang der Corona-Krise im März habe die Regierung von Recep Tayyip Erdogan acht demokratisch gewählte Bürgermeister durch staatliche Verwalter ersetzt, nun seien fünf weitere abgesetzt worden, vier davon inhaftiert. «Unsere Bürgermeister leisten gerade in der Pandemie gute Arbeit zur Unterstützung der Armen. Die Regierung will nicht, dass unsere Partei da-

profitiert», sagt Sancar. Zudem nutze Erdogans Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) den Konflikt mit der HDP, um die Polarisierung im Land anzuheizen, den Nationalismus zu befeuern und von eigenen Verfehlungen abzulenken. Statt über die Gesundheits- und die Wirtschaftskrise werde in den Medien nun über die HDP geredet.

Zwei Morde als Anlass

Die Regierung sieht das freilich anders. Aus ihrer Sicht war die Absetzung der Bürgermeister in den Provinzen Siirt, Iğdır und Mus unumgänglich, da sie die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) unterstützt hätten. Die Regierung betrachtet die HDP als politischen Arm der Guerillagruppe, die seit bald vier Jahrzehnten gegen den türkischen Staat kämpft. Den HDP-Bürgermeistern wirft sie vor, die städtischen Ressourcen zur Unterstützung der PKK zu nutzen.

Der direkte Anlass für das jüngste Vorgehen gegen die HDP-Vertreter war offenbar die Ermordung von zwei Sozialarbeitern, für die Ankara die PKK verantwortlich machte. Der Türkei-Extrakte Kristian Brakel von der Heinrich-Böll-Stiftung glaubt, dass die Regierung mit der Absetzung der Bürgermeister

nach dem Anschlag Stärke demonstrieren wollte. Zugleich habe sie signalisieren wollen, dass sie eine eigenständige Politik der Städte in der Corona-Krise nicht hinnehmen werde.

Vor allem geht es der Regierung wohl aber darum, zu verhindern, dass die PKK in den Städten unter HDP-Verwaltung ihr Unterstützernetzwerk ausbauen kann. Zwar bestreitet die HDP jede Verbindung zur PKK, doch besteht nicht nur eine ideologische Nähe, sondern es gibt auch erhebliche Überschneidungen zwischen der Wählerchaft der HDP und der PKK-Basis. Entsprechend schwer fällt es der Partei oft, sich von den Taten der Guerillagruppe zu distanzieren.

«Wir wollen die Probleme der Türkei auf demokratischem Wege lösen», versichert Sancar indes. Trotz aller Schwierigkeiten, die die Regierung seiner Partei bereite, bleibe sie auf diesem Weg. Überrascht ist der Verfassungsrechtsprofessor, der der HDP seit Februar mit der Politikerin Pervin Buldan vorsteht, über das Vorgehen gegen die Bürgermeister nicht. Schon nach den vorangegangenen Kommunalwahlen hatte die Regierung 95 der 102 HDP-Bürgermeister durch Verwalter ersetzt. Sancar erinnert zudem daran, dass Erdogan vor den

Kommunalwahlen im März 2019 explizit gedroht habe, die HDP-Vertreter erneut abzusetzen, wenn er dies für nötig erachtet sollte. «Der Volkswille zählt für die AKP nur, wenn er zu ihrem Nutzen ist. Wenn die Bürger dagegen für die HDP oder eine andere Oppositionspartei stimmen, sind ihre Stimmen nicht gültig», kritisiert Sancar. Die Absetzung der HDP-Vertreter sei ein «Putsch gegen die Demokratie».

Human Rights Watch kritisierte schon vor Monaten, dass die Absetzung, die Festnahme und die Anklage der Bürgermeister zumeist auf vagen Vorwürfen teilweise geheimer Zeugen sowie auf politischen Äusserungen basierten, die nicht als Beweis für kriminelle Vergehen reichten. Das Vorgehen habe nichts mit der Bekämpfung des Terrorismus zu tun, sondern sei ein Versuch, die politische Opposition auszuschalten, kritisierte die Menschenrechtsorganisation.

Politisiertes Rechtssystem

Auch Brakel sieht das Vorgehen als politisch motiviert. «Ich kann im Einzelfall zwar schwer beurteilen, was an den Vorwürfen dran ist. Doch ist das gesamte Rechtssystem so politisiert, dass man grosse Zweifel haben muss, dass

das Vorgehen allein rechtsstaatlichen Kriterien folgt», sagt der Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Istanbul. International wird die Absetzung der Volksvertreter scharf kritisiert, und das Europaparlament hat deren Wiedereinsetzung gefordert.

Der HDP-Vorsitzende Sancar vermutet, dass die AKP die Ressourcen der Rathäuser nutzen wolle, um ihre Anhänger mit Posten und Aufträgen zu versorgen. Städte spielen für die Regierungspartei eine wichtige Rolle zur Versorgung ihrer Basis. Schon lange gibt es in diesem Zusammenhang Vorwürfe der Korruption und des Klientelismus. Auch die HDP wirft den von der AKP eingesetzten Verwaltern vor, in grossem Stil städtische Mittel veruntreut zu haben.

Bisher hat sich der Rest der Opposition kaum zur Absetzung der HDP-Bürgermeister geäussert. Sancar mahnt jedoch, dass dies nicht allein Sache der HDP sei. Wenn die Opposition sich nicht gemeinsam zur Wehr setze, werde die Regierung früher oder später auch gegen Bürgermeister der Republikanischen Volkspartei (CHP) in Istanbul oder Ankara vorgehen. «Die Regierung glaubt nicht an die Demokratie», sagt Sancar. «Sie will alle Stimmen der Opposition zum Schweigen bringen.»